

MILLIARDEN-PROJEKTE

Grüne Wünsche im Realitätscheck

Stand: 15:04 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Von Ansgar Graw

Chefreporter

```
<style type="text/css"> .o-element__image--has-preview { visibility:  
    visible ; } </style>
```





Die Grünen um Parteichef Robert Habeck (r.) haben viel vor. Aber was davon kann realisiert werden?

Quelle: pa/dpa/Arne Immanuel Bänsch

Klimafonds, Bürgerenergiegeld, ökologisches „Divestment“: Die Grünen benutzen viele wohlklingende Schlagwörter für ihre Politik. Die Vorhaben dahinter sind teuer. Und das ist nicht das einzige Problem.

159

„Wir wollen eine CO₂-Bepreisung und dazu einen sozialen Ausgleich, also ein Bürgerenergiegeld“

Annalena Baerbock, Bundesvorsitzende

Ölheizung, Fernreisen, Auto: Alles, was Kohlendioxid freisetzt, soll besteuert werden mit einem „CO₂-Preis“, der laut Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung 40 Euro pro Tonne betragen könnte. Aus den Einnahmen soll alljährlich ein „Bürgerenergiegeld“ an jeden Einzelnen ausgezahlt werden, der nach dieser Rechnung etwa 77 Euro pro Person oder rund 300 Euro für eine vierköpfige Familie betragen könnte. Die Umverteilungsidee dabei: Gutverdiener mit Villa, SUV und Floridaurlaub zahlen drauf, Geringverdiener profitieren.

LESEN SIE AUCH



ZEITGEIST

Die Grünen regieren faktisch schon seit Jahren das Land
Problem: Der gut situierte Städter im gedämmten Neubau mit U-Bahn-Station um die Ecke mag am Ende mehr erhalten als der Rentner im zugigen Altbau auf dem Dorf, der aufs Auto angewiesen bleibt.

„Wenn Eigentümer aber weder bauen noch an die Stadt verkaufen wollen, muss notfalls die Enteignung folgen“

Robert Habeck, Bundesvorsitzender

Um Mieterfrust in Ballungsräumen abzubauen, soll der Bund dort laut „Grüner Wohngarantie“ Obergrenzen verhängen – maximal drei Prozent Steigerung pro Jahr, maximal bis zur ortsüblichen Miete. Baugebote sollen nicht nur für einzelne Grundstücke, sondern für ganze Gebiete gelten. Eigentümer, die nicht bauen wollen (oder können?), werden „notfalls“ enteignet.

LESEN SIE AUCH



MARKTWIRTSCHAFT

Die Grünen können gar keine Liberalen sein
Problem: Die Kommune muss Eigentümer entschädigen und dann selbst bauen – Berlin wäre jedenfalls dazu finanziell kaum in der Lage. Und Investoren suchen das Weite.

„Renten und Ersparnisse müssen zukunftsicher in klimafreundliche Projekte gesteckt werden“

Sven Giegold, Europaabgeordneter

Ziel ist das ökologische „Divestment“: Die Bundesregierung soll dafür sorgen, dass zunächst die großen öffentlichen Rücklagenportfolios (Fonds für Beamtenpensionen und Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit) ihren Aktienanteil an klassischen Energieunternehmen (Kohle, Öl, Gas) verkaufen. Das Geld soll stattdessen in klimafreundlich „nachhaltige“ Alternativen investiert werden.

LESEN SIE AUCH



ANNALENA BAERBOCK

„Weiter ‚Hände in den Schoß‘ geht nicht“

Problem: Die Altersanlagen müssen natürlich sicher bleiben. Aber als zum Beispiel der Versicherungskonzern Axa im vergangenen Jahr zwölf Milliarden Euro klimafreundlich investieren wollte, stellte er fest: Es gab schlicht nicht genug grüne Projekte.

„Wir werden weltweit unsere Ernährung umstellen. Es wird faktisch so sein, dass wir weniger Fleisch und mehr Gemüse essen“

Renate Künast, Bundestagsabgeordnete


Durch konventionelle Land- und Viehwirtschaft, argumentieren die Grünen, gelangten zu viele Chemikalien, Pestizide und Nitrate ins Grundwasser. Es drohe der Ökokollaps. Darum: nur noch biologischer Anbau, biologischer Dünger, weniger Viehhaltung. Problem: Biolandwirtschaft braucht mehr Fläche – und Gülle als Dünger. Das könnte die Nitratbelastung gar steigern. Und woher kommt die Gülle, wenn wir den Viehbestand reduzieren? Akzeptieren die Wähler eine Verknappung des Fleischangebots? Eine Möglichkeit wäre Fleisch aus dem Labor. Doch Grüne sind zutiefst skeptisch gegenüber Gentechnologie.

„Wir wollen einen Klimafonds, aus dem alle nationalen Klimaprojekte finanziert werden“

Katrin Göring-Eckardt, Fraktionschefin

Darunter versteht Katrin Göring-Eckardt Investitionen in Klimainfrastruktur, „von neuen Stromleitungen über höhere Dämme gegen die Sturmfluten bis hin zur Umforstung der Wälder“, sagte sie „Bild am Sonntag“.

Grüne fordern einen nationalen Klimafonds



Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt fordert die Schaffung eines Fonds für nationale Klimaprojekte. Die Herausforderungen seien größer, als die der deutschen Einheit. Dafür seien mindestens 100 Milliarden Euro nötig.

Quelle: WELT/ Kevin Knauer

Problem: In der Partei ist die Rede von „mindestens 100 Milliarden Euro“ für den Fonds. Woher nehmen? Für Bund und Länder gilt aber eine Schuldenbremse. Göring-Eckardts Gegenargument: Die Klimaerwärmung führe zur Katastrophe, dann werde es noch viel teurer.

„Insofern sind alle Überlegungen davon geleitet, keinen Druck, keinen Zwang, keine Bestrafung, keine Würdelosigkeit zu produzieren, sondern Anreize zu schaffen“

Robert Habeck, Bundesvorsitzender

Die Partei will weg von Hartz IV aus rot-grüner Zeit. Stattdessen soll eine „Garantiesicherung“ her, die etwas über den Hartz-IV-Sätzen liegt und einen höheren Hinzuverdienst erlaubt. Sie soll sanktionsfrei sein – auch wer nie mehr einen Job sucht, soll Anspruch darauf haben. Anders als die SPD fordern die Grünen eine Bedürftigkeitsprüfung. Gutverdiener hätten keinen Anspruch, „es ist also kein Grundeinkommen für alle“, betont Habeck inzwischen. Er taxiert die Kosten auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Problem: Mit Kanzler Schröders Prinzip „Fordern und Fördern“ wäre Schluss, künftig würde nur noch gefördert – also auch jemand, der keine Lust auf Arbeit hat. Und dann sind da noch die Kosten: Finanziert werden sollen sie „aus einer gerechteren Verteilung der Wohlstandsgewinne dieses Landes“. Vulgo höhere Steuern für Besserverdiener.